Kleine Anfrage

des Abg. Alfred Dagenbach REP

und

Antwort

des Sozialministeriums

Behandlung von Vertriebenen durch die BfA

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Trifft es nach Kenntnis der Landesregierung zu, dass die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) in Berlin bei der Rentenberechnung von Versicherten aus den deutschen Ostgebieten diese Gebiete mit der Kapitulation der Wehrmacht am 8. Mai 1945 als polnisches bzw. sowjetisches Staatsgebiet betrachtet?
2. Falls ja: wie beurteilt die Landesregierung diese Interpretation des Potsdamer Abkommens durch die BfA, obwohl Polen und der Sowjetunion lediglich die Verwaltung der deutschen Ostgebiete bis zum Zeitpunkt eines künftigen Friedensvertrags übertragen worden war?
3. Trifft es ferner zu, dass die BfA die Austreibung der deutschen Bevölkerung aus den Ostgebieten nicht als offenkundige historische Tatsache anerkennt, sondern eine Vertreibung rentenrechtlich nur individuell anerkennt, wenn die rentenberechtigte Person mittels des Vertriebenenausweises die Austreibung aus der Heimatgemeinde nachweisen kann?
4. Falls ja, wie viele Fälle sind der Landesregierung bekannt, in denen Rentenberechtigte aus den Ostgebieten, aber mit Wohnsitz in Baden-Württemberg auf Grund o.g. Betrachtung
 - a) eine Schmälerung ihrer Rentenbezüge hinnehmen müssen, und
 - b) wie viele deshalb gegen die BfA klagen?
5. Inwieweit teilt die Landesregierung ggf. die o.g. Argumentation der BfA?

6. Falls nein, welcher Handlungsbedarf ergibt sich daraus für die Landesregierung?

24. 10. 2000

Dagenbach REP

Antwort*)

Mit Schreiben vom 13. Dezember 2000 Nr. 32-0141.5/12/5644 beantwortet das Sozialministerium namens der Landesregierung die Kleine Anfrage wie folgt:

1. *Trifft es nach Kenntnis der Landesregierung zu, dass die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) in Berlin bei der Rentenberechnung von Versicherten aus den deutschen Ostgebieten diese Gebiete mit der Kapitulation der Wehrmacht am 8. Mai 1945 als polnisches bzw. sowjetisches Staatsgebiet betrachtet?*
2. *Falls ja: wie beurteilt die Landesregierung diese Interpretation des Potsdamer Abkommens durch die BfA, obwohl Polen und der Sowjetunion lediglich die Verwaltung der deutschen Ostgebiete bis zum Zeitpunkt eines künftigen Friedensvertrags übertragen worden war?*

Die BfA gibt, ebenso wie die für ihren Bereich ebenfalls zuständigen anderen Rentenversicherungsträger, bei der Bearbeitung von Rentenanträgen von Personen aus den im Antrag genannten Gebieten keine Wertung über den rechtlichen Status dieser Gebiete ab. Ihre Aufgabe ist es, zu prüfen, ob in diesen Gebieten nach dem 8. Mai 1945 zurückgelegte Beitrags- und Beschäftigungszeiten in der Bundesrepublik rentenrechtlich zu berücksichtigen sind. Dies beurteilt sich im Wesentlichen nach dem Fremdrentengesetz bzw. nach dem deutsch-polnischen Sozialversicherungsabkommen, die den anspruchsberechtigten Personenkreis festlegen.

3. *Trifft es ferner zu, dass die BfA die Austreibung der deutschen Bevölkerung aus den Ostgebieten nicht als offenkundige historische Tatsache anerkennt, sondern eine Vertreibung rentenrechtlich nur individuell anerkennt, wenn die rentenberechtigte Person mittels des Vertriebenenausweises die Austreibung aus der Heimatgemeinde nachweisen kann?*
4. *Falls ja, wie viele Fälle sind der Landesregierung bekannt, in denen Rententitlement aus den Ostgebieten, aber mit Wohnsitz in Baden-Württemberg auf Grund o.g. Betrachtung*
 - a) *eine Schmälerung ihrer Rentenbezüge hinnehmen müssen, und*
 - b) *wie viele deshalb gegen die BfA klagen?*

Leistungen in der gesetzlichen Rentenversicherung werden auf Antrag erbracht. Dabei hat der Rentenversicherungsträger die Anspruchsvoraussetzungen für die Rentengewährung in jedem Einzelfall zu prüfen. Dies gilt auch für die Ansprüche nach dem Fremdrentengesetz bzw. dem deutsch-polnischen Sozialversicherungsabkommen. Die Zugehörigkeit zum berechtigten Personenkreis muss durch den Vertriebenenausweis oder eine Spätaussiedlerbescheinigung belegt werden. Die Rentenversicherungsträger sind dabei an die Entscheidungen der Anerkennungsbehörde gebunden. Die Landesregie-

*) Der Überschreitung der Drei-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

rung hält diese sich aus den rentenrechtlichen Gesetzen ergebende Nachweispflicht nicht für unbillig, da sie im Regelfall leicht erbracht werden kann. Der Landesregierung sind Klagen von Betroffenen, die sich gegen ihre Behandlung als Gruppe bei der BfA oder den Landesversicherungsanstalten richten, nicht bekannt.

5. Inwieweit teilt die Landesregierung ggf. die o.g. Argumentation der BfA?

6. Falls nein, welcher Handlungsbedarf ergibt sich daraus für die Landesregierung?

Das Rentenrecht trägt dem Vertreibungsschicksal der Betroffenen durch besondere Bestimmungen Rechnung. Diese Bestimmungen werden von der BfA wie von allen Rentenversicherungsträgern in der Bundesrepublik Deutschland beachtet und angewendet. Da die Verfahrensweise der Rentenversicherungsträger nicht zu beanstanden ist, besteht für die Landesregierung auch kein Handlungsbedarf.

Dr. Repnik
Sozialminister